

Die große Lüge von Völkerfreundschaft und Wohlergehen

Die Gründungsversprechen der EU waren Frieden und Prosperität.
Doch das Bündnis brachte das Gegenteil



Das wahre Gesicht der Europäischen Union: Die von der EU-Troika entworfenen Sparprogramme führten in Griechenland zu Armut und Obdachlosigkeit.

picture alliance/tpa/Anadolu Agency/Mani Kour

Die Europäische Union ist zur Hoffnung von Millionen Menschen geworden, die vor Bürgerkriegen, Verfolgung und aus bitterer Armut in ihren Heimatländern fliehen. Im verheißungsvollen Westen angekommen, stoßen diese Menschen zumeist auf Sentiments bis hin zu offener nationalistischer Abschottung. Länder wie Ungarn, Dänemark oder das Vereinigte Königreich wenden martialische Methoden an, um sich des Ansturms zu erwehren.

Nie zuvor wurde derart deutlich sichtbar, wie wenig die paradigmatisch in Sonntagsreden vorgebrachten politischen und humanitären Grundpositionen eines vereinten Europa tatsächlich gelten. Viele EU-Länder sind nur noch sich selbst am nächsten: So Großbritannien, wo David Cameron – mit Blick auf seinen eigenen Machterhalt – einen Kotau vor dem Wählerpotenzial der rechtspopulistischen britischen UKIP macht, Dänemarks rechtsliberaler Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, der seit diesem Sommer eine Minderheitsregierung mit Billigung unter anderem der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti führt, bedient das nationalistisch eingestellte Klientel seines Landes genauso wie Victor Orban in Ungarn, der aber weder auf Empfindlichkeiten vermeintlicher politischer Konkurrenten noch auf parlamentarische Mehrheiten Rücksicht nehmen muss. Er fuhr bei der letzten Parlamentswahl mit der rechts-nationalistischen Fidesz-Partei einen derartig hohe Wahlerfolg ein, dass er ohnehin in seinem Land unumschränkt herrschen und die Rechte von Migranten mit Füßen treten kann.

Zeit für Angela Merkels großen Auftritt. Nachdem die Bundesregierung kurz zuvor in der Griechenlandkrise zum Zuchtmeister der EU avanciert war, kamen nun völlig neue Töne aus dem Kanzleramt. Deutschlands Regierungschefin, weder für klare Worte noch für deutliche Positionen bekannt, ließ für die Flüchtlingsströme die Tore öffnen und verkündete: „Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.“

Doch schon nach zwei Wochen erfolgte ein erneuter Kurswechsel und Bayerns Ministerpräsident durfte mit dem Plazet der Kanzlerin Grenzkontrollen einführen. Das Gerangel um Quoten innerhalb der EU geht weiter, die Aussetzung der Reisefreiheit im Schengenraum wird kurzerhand mit der „eingetretenen Krisensituation“ legitimiert. Wenn demnächst nach Abschluss der offiziellen Asylverfahren tausende Migranten das Land wieder verlassen müssen, werden nicht nur bei den freiwilligen Helfern die letzten Illusionen von einem besseren Deutschland zerplatzen. Zur Erinnerung: Es war die Bundesrepublik, die sich bei den Dublin-III-Beschlüssen im Jahr 2013 an vorderster Front für die Verschärfung der Abschiebekriterien stark gemacht hatte.

Augenfällig ist, dass Merkel und Co. mit keinem Wort auf den wahren Kern des Flüchtlingsproblems eingehen. Die Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika, das Elend und die Armut haben die Migranten nicht selbst verursacht. Der ständig nach höheren Profiten und neuen Einflussphären lechzende Finanzkapitalismus, vor allem vertreten durch die politischen Systeme der USA und der Europäischen Union, stürzen den Rest der Welt in ein immer größeres wirtschaftliches und politisches Chaos. In unterschiedlichen Bündnissen „intervenierte“ die EU oder die NATO, gerne unter dem Vorwand der Humanität oder des Schutzes vor Terrorismus. Zurückgelassen werden verwüstete Länder, deren Infrastruktur und gesellschaftliches Gefüge auf Jahre zerstört bleiben werden. Die Rüstungswirtschaft boomt. Aber es geht auch ganz „friedlich“: Großkonzerne der Agro- und Lebensmittelindustrie rauben Millionen Kleinbauern in Afrika Land und damit deren Lebensgrundlage. Nutznießer dieses Elends sind selbstverständlich vor allem Banken und Aktionäre, aber auch all jene, der im „sicheren Westen“ ein Dach über dem Kopf und regelmäßig eine warme Mahlzeit haben, profitieren indirekt von der Armut der anderen.

Wer verstehen will, wo die tatsächlichen Ursachen dieser Katastrophen zu suchen sind, muss einmal genauer den Blick auf die historische Entwicklung und aktuelle Zielsetzung der Europäischen Union lenken. Was steckt hinter den Versprechen, die EU fördere das „friedliche Zusammenleben der Völker Europas, Wohlstand und Wachstum“?

Spätestens seit der Kontinent im Jahr 2009 von der Wirtschafts- und Finanzkrise erschüttert wurde, sinkt bei der Bevölkerung die Beliebtheit der Europäischen Union, denn statt Wohlstand kamen staatliche Spardiktate und es folgte für viele Menschen – vor allem in Spanien und Griechenland – Armut und Ausgrenzung.

Und der prophezeite Frieden? Nach innen mag er im Hinblick auf die europäische Geschichte mit ihren verheerenden Kriegen vorerst gewahrt sein, jedoch entwickelt sich die EU nach außen zu einem Staatenbündnis, das nun gemeinsam seine militärische Stärke demonstriert.

Im Titelthema wird das Projekt des vereinten Europa einer kritischen Analyse unterzogen.